

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Katja Suding,
Nicola Beer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion FDP
– Drucksache 19/7118 –**

Hightech-Strategie 2025 – Strategisch ausrichten

A. Problem

Die Hightech-Strategie (HTS) wurde 2006 erstmals aufgelegt und 2010 und 2014 fortgeschrieben. Bedauerlicherweise finden sich auch in der im September 2018 vorgestellten HTS 2025 weder Meilensteine noch klare Zielhierarchien noch explizit in den einzelnen Handlungsfeldern ausgewiesene Querbezüge. Es fehlt eine schlüssige und abgestimmte Strategie mit konkreten Schritten, wie genannte Ziele erreicht werden sollen. Der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Praxis geht zudem in Deutschland nur schleppend voran. Hinzu kommt, dass Deutschland nach dem EFI-Bericht 2018 in wichtigen Bereichen den Anschluss verliert und im internationalen Wettbewerb nicht Spitze ist.

B. Lösung

Notwendig ist eine Gesamtstrategie im Bereich der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik über die verschiedenen Ressorts und Politikfelder hinweg. Deutschland muss seine Chancen ergreifen und den Wandel hin zu einem Deutschland der Innovation im digitalen Zeitalter zum Wohle von Wirtschaft und Gesellschaft gestalten. Dementsprechend muss auch die HTS 2025 aufgebaut werden. Deutschlands Forschungs- und Innovationsleistungen müssen deutlich systematischer als bisher untersucht und gefördert werden. Für die Bestimmung der eigenen Position ist eine systematische Stärken-Schwächen-Analyse mit Blick auf die internationale Konkurrenz der großen, technologisch führenden Industrienationen erforderlich. Bei der Umsetzung von Vorhaben braucht es Transparenz und Verlässlichkeit – klare Zielhierarchien und Meilensteine.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/7118.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/7118 abzulehnen.

Berlin, den 13. Februar 2019

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Vorsitzender

Dr. Stefan Kaufmann
Berichtersteller

René Röspel
Berichtersteller

Dr. Götz Frömming
Berichtersteller

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichtersteller

Dr. Petra Sitte
Berichterstellerin

Dr. Anna Christmann
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Dr. Stefan Kaufmann, René Röspe, Dr. Götz Frömming, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Petra Sitte und Dr. Anna Christmann**I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/7118** in seiner 78. Sitzung am 1. Februar 2019 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie dem Finanzausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie dem Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antragssteller ist eine Gesamtstrategie im Bereich der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik über die verschiedenen Ressorts und Politikfelder hinweg sinnvoll und notwendig, um Möglichkeiten und Chancen durch Hightech zum Wohle der Menschen sowie zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu ergreifen und zu nutzen.

Die Hightech-Strategie (HTS) sei 2006 erstmals aufgelegt und 2010 und 2014 fortgeschrieben worden. Bedauerlicherweise fänden sich auch in der im September 2018 vorgestellten HTS 2025 weder Meilensteine noch klare Zielhierarchien noch explizit in den einzelnen Handlungsfeldern ausgewiesene Querbezüge. Strategieadäquate Ressourcenausstattung könne ohne ausgewiesene Zielgrößen nicht gelingen. Es handele sich bei der HTS 2025 überwiegend um ein Sammelsurium an Aktivitäten, die ohnehin geplant seien, nicht jedoch um eine in sich schlüssige und abgestimmte Strategie. So fehlten konkrete Schritte, wie genannte Ziele (z. B. die Aufwendung von mindestens 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung oder die Einrichtung von 100 neuen KI-Professuren innerhalb der KI-Strategie) erreicht werden sollten. Die Umsetzung der HTS 2025 gestalte sich bereits im Startjahr 2018 äußerst schleppend. Nach dem EFI-Bericht 2018 verliere Deutschland in wichtigen Bereichen den Anschluss und sei im internationalen Wettbewerb nicht Spitze.

Der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Praxis gehe in Deutschland nur schleppend voran. Dieser sei jedoch essentiell für Wachstum und Wohlstand und insbesondere für die Zukunft der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Hinzu komme, dass die von der Bundesregierung angekündigten 151 Millionen Euro für die ersten Jahre der geplanten Agentur für Sprunginnovation eindeutig zu wenig seien.

Erforderlich sei eine systematische Stärken-Schwächen-Analyse als Grundlage für die Bestimmung der eigenen Position und dies in internationaler Wettbewerbsanalyse mit Blick auf die internationale Konkurrenz der großen, technologisch führenden Industrienationen. Deutschland müsse seine Chancen ergreifen und den Wandel hin zu einem Deutschland der Innovation im digitalen Zeitalter zum Wohle von Wirtschaft und Gesellschaft gestalten. Dem entsprechend müsse auch die HTS 2025 aufgebaut werden.

Der Deutsche Bundestag solle daher die Bundesregierung auffordern,

- Erfolgsindizes zur Messung der Fortschritte und besseren Evaluation einzuführen;
- Deutschlands Forschungs- und Innovationsleistungen deutlich stärker und vor allem deutlich systematischer als bisher im internationalen Vergleich zu untersuchen;
- ein systematisches Frühwarnsystem zum Aufspüren internationaler Trends sowie zum rechtzeitigen Erkennen drohender Kompetenzlücken einzurichten;
- eine Strategie zur Erreichung des Ziels einzelner Maßnahmen zu entwickeln;
- die besten Köpfe für Deutschland zu gewinnen und „Brain Drain“ zu verhindern sowie eine Nationalen Agentur für Wissenschaftliches Talent (National Agency for Scientific Talent) aufzubauen;
- 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Innovation aufzuwenden;
- umgehend eine bürokratiearme steuerliche Forschungsförderung einzuführen;
- Transfer aus Wissenschaft in Wirtschaft und Gesellschaft systematisch zu stärken;

- Maßnahmen zu ergreifen, um die Fachkräftelücke insbesondere im MINT-Bereich zu schließen und
- Deutschland als Innovationsmotor innerhalb Europas zu stärken und dazu Kooperationsprojekte beispielsweise mit Frankreich und/oder auch Schweden auf- und auszubauen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** und der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** haben in ihren Sitzungen am 13. Februar mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/7118 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 13. Februar 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/7118 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** und der **Ausschuss Digitale Agenda** haben in ihren Sitzungen am 13. Februar 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/7118 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/7118 in seiner 20. Sitzung am 13. Februar 2019 beraten. In die Beratung mit einbezogen war die Unterrichtung durch die Bundesregierung „Die Hightech-Strategie 2025 – Forschung und Innovation für die Menschen“ auf Drucksache 19/4100.

Der Ausschuss empfiehlt:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/7118 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Bundesregierung** führt aus, dass die Hightech-Strategie seit dem Jahr 2006 die Ziele und Leitgedanken der Forschungs- und Innovationspolitik formuliere. Mit dem Koalitionsvertrag habe man vereinbart, die Hightech-Strategie weiterzuentwickeln und neu auszurichten, da aktuelle gesellschaftliche Umbrüche und rasante technologische Entwicklungen neue Antworten auf verschiedene Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und Zusammenhalts erforderten. Die Hightech-Strategie 2025 lege einen besonderen Schwerpunkt auf den Ideen- und Wissenstransfer von der Forschung in die Anwendung und richte Forschung und Entwicklung (F&E) an den Anliegen der Menschen aus. So stünden gesellschaftliche Bedarfe in den Bereichen Gesundheit sowie Pflege, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energie, Mobilität, Sicherheit, Wirtschaft sowie Arbeit 4.0 und - erstmals in der Hightech-Strategie - auch im Bereich Stadt und Land im Fokus. Hierbei gehe es unter anderem um gleichwertige Lebensverhältnisse und Chancengleichheit für alle Regionen in Deutschland. Das Ziel seien Fortschritte, die in der Lebenswirklichkeit der Menschen spürbar würden. Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft würden dafür hinter zwölf konkreten, gemeinsam definierten Missionen vereint, etwa dem Kampf gegen Krebs oder der Reduzierung von Plastikverschmutzung in der Umwelt.

Weiteres Ziel sei es, Deutschland an die Spitze technologischer Revolutionen zu stellen, um den Menschen auch in Zukunft ein Leben in Selbstbestimmung und Wohlstand zu ermöglichen und gute Arbeitsplätze zu erhalten. Die Hightech-Strategie 2025 zeige auf, welche Kompetenzen für die Innovationsnation Deutschland essentiell sein würden und wie diese zu fördern seien. Bei der Gestaltung des technologischen Wandels müsse man alle Menschen mitnehmen. Dort wo Zukunftstechnologien gefördert würden, müsse immer auch in Aus- und Weiterbildung durch passende Angebote investiert werden, um Menschen auf die anstehenden Veränderungen vorzubereiten. So spiele die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, z. B. durch Workshops oder digitale Konzepte im Rahmen der gerade ausgerufenen nationalen Dekade gegen Krebs, eine herausragende Rolle.

Ein besonders anspruchsvolles Format der Beteiligung sei das sogenannte „partizipative Agenda-Setting“, bei dem Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und der Praxis, aber auch interessierte Bürgerinnen sowie

Bürger, aktiv in mehreren Stufen einbezogen würden. Ein Beispiel dafür sei im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) der bis 2018 durchgeführte Agendaprozess „Sozial-ökologische Forschung“ zur Festlegung von Themen für die zukünftige Förderung der gesellschaftsbezogenen Nachhaltigkeitsforschung. Auf der Basis der Ergebnisse dieses Prozesses entscheide das BMBF über konkrete Fördermaßnahmen der nächsten fünf Jahre. Die Meinungen der verschiedenen Stakeholder seien somit Basis der Entscheidungsfindung für die Ausgestaltung der eigenen Förderpolitik.

Der Bereich Bürgerwissenschaften liege dem BMBF ebenso am Herzen. Derzeit laufe eine Förderlinie, die dreizehn Pilotprojekte aus dem Bereich Citizens Science in einem Umfang von circa fünf Millionen Euro fördere. Man beabsichtige, eine weitere Richtlinie mit mehr Fördermitteln für bürgerwissenschaftliche Vorhaben zu veröffentlichen. Zudem wolle man die Vernetzungsplattform „Bürger schaffen Wissen“ weiter fördern.

Die **Fraktion der FDP** führt aus, bei einer Strategie reiche es nicht aus, vage Ziele zu formulieren, vielmehr seien Zielerreichungskriterien und eine Wettbewerbspositionierung erforderlich. Hierzu führt die Fraktion die 60 Seiten im Schweizer Innovationsbericht im Vergleich zu wenigen „dürren Sätzen“ im Bundesbericht Forschung und Innovation an. Abg. Rösper habe in der Debatte richtigerweise erwähnt, dass es nicht reiche, einen Bundesbericht Forschung und Innovation zu präsentieren, sondern dass man eine kritische Reflexion brauche. Hierfür sei vor zehn Jahren der Bericht der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) geschaffen worden. Die kritische Reflexion übernehme somit eine externe Kommission, deren Anmerkungen nicht übernommen, sondern überwiegend ad acta gelegt würden. Die Bundesregierung erfreue sich jedoch daran, aufzuzählen, welche Projekte es gebe und wie viel Geld man investiere. Die EFI mahne seit Jahren, dass der Hightech-Strategie konkrete Meilensteine fehlten und innerhalb der Zukunftsaufgaben klare priorisierende Zielhierarchien existieren sollten. Nichts davon sei in der neuen Hightech-Strategie enthalten, die ein „Füllhorn an Initiativen“ und ein „Sammelsurium an Absichtserklärungen“ ohne Meilensteine für die Umsetzung sei und der die nötigen Menschen für die Umsetzung fehlten. Die Fraktion der FDP fragt, wie die Bundesregierung das Inputziel, bis 2025 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland für Forschung und Entwicklung auszugeben, erreichen wolle. Die Fraktion weist darauf hin, dass Berechnungen nach heute schon eine Lücke von 30 bis 40 Milliarden Euro bestehe, wenn die prozentuale Verteilung der öffentlichen Hand zur Wirtschaft bleibe, wie sie heute sei.

Die Fraktion möchte wissen, wie die Bundesregierung die Herausforderungen ohne die nötigen Menschen angehen wolle. Der MINT-Herbstreport verzeichne einen allzeit Höchststand in der Arbeitskräftelücke im MINT-Bereich in Höhe von 337.900 Menschen, 14,3 Prozent höher als im Vorjahr. Der Stifterverband spreche davon, dass bis 2023 700.000 Technologiespezialisten gebraucht würden, die es heute so nicht gebe. Die Fraunhofer-Gesellschaft schätze, dass heute schon 10.000 Big-Data- sowie 85.000 Ingenieure, Mediziner usw. mit KI-Expertise fehlten. Die Hightech-Strategie widme dem Thema Fachkräftebasis gerade mal eine halbe Seite.

Zudem wirft die Fraktion die Frage auf, wie es komme, dass trotz einer vor dreizehn Jahren begonnen Exzellenzstrategie deutsche Universitäten im Reuters-Innovationsranking auf den Plätzen 31, 45 und 92, im Shanghai-Ranking auf den Plätzen 47, 53 und 99 sowie bei den Best-Global-Universities auf den Plätzen 46, 54, 80 und 90 vertreten seien. Die FDP-Fraktion erkundigt sich, ob die Bundesregierung wisse, dass sich das Ranking über die letzten Jahre nicht signifikant verbessert habe.

Der Antrag der FDP-Fraktion enthalte wichtige Vorschläge, wie die Einführung von Erfolgsindizes und eines systematischen internationalen Vergleiches. Die Fraktion möchte wissen, wie die Bundesregierung zu diesen Vorschlägen stehe.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass die Unterrichtungen und der FDP-Antrag bereits Thema in der Plenardebatte gewesen seien. Zum Ethik-Gutachten habe man sich ausführlich in der Ausschusssitzung vom 18. April 2018 ausgetauscht, weshalb man hier nur die wichtigsten Punkte erwähnen wolle. Der Bericht der EFI habe der Forschungs- und Innovationspolitik in den letzten Jahren eine positive Dynamik bescheinigt. Eine Feststellung, die erfreue, aber gleichzeitig angesichts internationaler Herausforderungen und des digitalen Wandels in der Innovationspolitik ansporne, voranzuschreiten. Aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion werde natürlich weiterhin verstärkt im Bereich von Forschung und Innovation investiert. Der Einzelplan 30 für das Jahr 2019, der mehr als 18 Milliarden Euro beinhalte, spreche hier eine klare Sprache.

Man strebe bis zum Jahr 2025 Investitionen in Höhe von 3,5 Prozent des BIP an und habe sich daher auch zur Fortschreibung des Paktes für Forschung und Innovation mit einem jährlichen Aufwuchs von drei Prozent auf Basis des bewährten Bund-Länder-Schlüssels bekannt.

Außerdem wolle man nun neben der Projektförderung eine steuerliche Forschungsförderung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) etablieren. Hier gelte es seitens des BMBF, endlich Tempo zu machen. Bereits im Herbst 2018 habe man diese Hightech-Strategie 2025 vorgelegt, dort viele Empfehlungen der EFI-Kommission aufgegriffen und erneut die großen gesellschaftlichen Herausforderungen adressiert.

Der Antrag der FDP-Fraktion zur Hightech-Strategie sei naturgemäß sehr kritisch. Aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion sei der Antrag ziemlich „starker Tobak“. Denn die Hightech-Strategie sei von der Bundesregierung unter Beratung des Hightech-Forums stetig fortentwickelt und auch strategisch neu ausgerichtet worden. Zudem sei unter dem Dach der Hightech-Strategie 2025 mit der Agentur für Sprunginnovationen ein für Deutschland völlig neues innovationspolitisches Förderinstrument geschaffen worden. Darüber hinaus würden bereits neue Forschungsprogramme zu Themen wie Quanten- und auch zivile Sicherheit in der Hightech-Strategie 2025 umgesetzt. Wie von der EFI empfohlen, fänden wichtige Querschnittsthemen, wie zum Beispiel autonome Systeme, Künstliche Intelligenz (KI) und die konsequente Stärkung des Transfers in der neuen Hightech-Strategie stärkere Berücksichtigung. Teilweise seien die Projekte auch schon in der Umsetzung, wie z.B. die KI-Strategie der Bundesregierung.

Der Antrag der FDP-Fraktion sei abzulehnen, denn die Hightech-Strategie der Bundesregierung sei bereits klar strategisch mit Zielhierarchien und Meilensteinen ausgerichtet, die sich auf den Seiten 14 ff. wiederfänden.

Von der Bundesregierung möchte die Fraktion wissen, wann die Agentur zur Förderung von Sprunginnovationen die Arbeit aufnehmen könne. Außerdem interessiere sie sich für die Planung des BMBF zur steuerlichen Forschungsförderung und erkundigt sich diesbezüglich nach dem aktuellen Stand.

Die CDU/CSU-Fraktion fragt, inwiefern es seitens der Bundesregierung Überlegungen gebe, im Rahmen der Hightech-Strategie die Weiterentwicklung der nationalen Bioökonomie-Strategie mit Blick auf die angestrebte breite Beteiligung der Gesellschaft institutionell, beispielsweise durch einen Biotechnologierat, zu begleiten, da in diesem Zusammenhang ethische Fragen eine besondere Rolle spielten.

Zudem interessierten die Fraktion die Zeitplanung und die Modalitäten der Implementierung des Innovationsprinzips, bei dem die zu erwartende Wirkung staatlich regulativer Entscheidungen auf das Innovationsgeschehen abgeschätzt werden solle.

Die **Fraktion der AfD** verweist zunächst auf das gestrige Gespräch mit Mitgliedern dieses Ausschusses und Hochschulpräsidenten, bei dem man erfahren habe, dass mehrere Universitäten nun dazu übergegangen seien, eigene Abteilungen für Wissenschaftsmanagement zu eröffnen. Man sei verwundert, dass diese Wissenschaftsabteilungen hauptsächlich für die Evaluierung und Optimierung von Anträgen zuständig seien, um begehrte Forschungsgelder zu bekommen. Dies würde bestimmt nicht dazu führen, dass Deutschland in naher Zukunft zumindest eine internationale Universität von Weltrang aufweisen könne.

In der Hightech-Strategie der Bundesregierung sei zwar Gutes enthalten, es fehle allerdings an einer konsistenten, kohärenten Strategie. Vielmehr handle es sich um eine Anhäufung von Zielbeschreibungen und Beschreibungen von Maßnahmen, die die Bundesregierung ergriffen habe.

Die Fraktion der AfD betont, dass in Deutschland auch das produzierende Gewerbe mit 27,6 Prozent vom BIP eine große Rolle spiele und nach wie vor ein wichtiger Faktor der Volkswirtschaft sei. In Zukunft brauche man aber natürlich die wissenschafts- und forschungsintensiven Unternehmen. Fraglich sei allerdings, ob hier die richtigen Akzente gesetzt würden. Im Rahmen der Hightech-Strategie sei ein Gutachten mit dem Titel der „Großen Transformation“ in Auftrag gegeben worden, welches die Debatte maßgeblich geprägt habe. Bei der „Großen Transformation“ gehe es nicht nur um Forschung und Wissenschaft, sondern um eine Umgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dies sei sehr bedenklich. Da die Bezeichnung der „Großen Transformation“ im öffentlichen Diskurs kaum mehr erwähnt werde, interessiere die Fraktion, ob die Bundesregierung sich dieser Idee weiterhin als Leitlinie verpflichtet sehe.

Die AfD-Fraktion stehe für eine ideologiefreie Forschung und Wissenschaft, frei von politischer Einflussnahme. Es sei ein gutes Zeichen, dass Deutschland 650.000 Beschäftigte im Forschungs- und Entwicklungsbereich habe – davon 405.000 in der Wirtschaft – und somit derzeit noch eine Spitzenstellung einnehme. Diese sei allerdings in Gefahr, wenn nicht entsprechende Maßnahmen ergriffen würden. Das gehe auch aus dem EFI-Bericht hervor. Deutschland drohe in den Bereichen, in denen es derzeit noch führend sei, den Anschluss zu verlieren, weshalb

die AfD-Fraktion froh sei, dass man zumindest beim Thema KI fraktionsübergreifend aufgewacht sei und gegensteuern wolle. Dieser Ansatz sei im Gegensatz zu weitergehenden Eingriffen im Sinne einer „Großen Transformation“ zu unterstützen.

Die **Fraktion der SPD** merkt zu dem Vortrag von Abg. Dr. Sattelberger an, dass es richtig gewesen sei und richtig bleibe, mit der EFI eine externe Reflexion zur Hightech-Strategie einzuholen. Vieles sei daraus umgesetzt worden, es gebe aber auch immer noch Aufgaben, die fortbestünden. So habe eine Tabelle des EFI-Berichtes zur Ungerechtigkeit im Bildungssystem gezeigt, wie hoch die Chance für Akademikerkinder einerseits und gleichbegabte Arbeiterkinder andererseits sei, ein Studium aufzunehmen. Dort gebe es noch Handlungsbedarf. Man sei jedoch auf dem richtigen Weg.

Eine zielgerichtete klare Priorisierung auf wenige Themen hätte zur Folge, dass Flexibilität auf Dauer verloren ginge. Wenn man sich im Bereich Forschung beispielsweise auf zwei oder drei Themen fokussiere, könnten andere große, dann eben auch als wichtig erachtete Themen in fünf oder sechs Jahren nicht gleichermaßen gefördert werden. Auf europäischer Ebene gebe es große Flaggschiff-Programme, wie den „Graphen“ oder das „Human Brain Project“ (HBP), in die viel Geld investiert werde.

Zudem müsse die Hightech-Strategie auf die gesellschaftliche und politische Diskussion sowie auf die Notwendigkeiten ausgerichtet sein. So passiere im MINT-Bereich sehr viel: Vom Haus der kleinen Forscher in den Kindergärten bis hin zu MINT-Lehrer-Nachwuchs-Projekten, MINT-Klassen und allgemein zunehmender Begeisterung für Naturwissenschaften in den Schulen. Andererseits dürfe man das gleichermaßen große Defizit im Bereich der sozialen Berufe und den Fachkräftemangel nicht außer Acht lassen. Man müsse die gesamte Bildungs- und Forschungslandschaft im Blick behalten und eine selektive Betrachtung vermeiden.

Die Fraktion der SPD betont, dass es sei kein Versäumnis der Koalition sei, dass zu wenig im MINT-Bereich gemacht werde, sondern man ein demografisches Problem habe und die sozialen Berufe mit den MINT-Berufen konkurrierten. Die Fraktion sei sehr zufrieden mit der Hightech-Strategie und einer Vielzahl von dort beschriebenen Handlungsfeldern, die gesellschaftlich notwendig seien. Bei einem genauen Blick auf die Hightech-Strategie im Bereich Gesundheit stelle man eine wirkliche Weiterentwicklung fest. Dort sei aufgeführt, dass eine patientenorientierte Forschung stattfinde, die Prävention eine große Rolle spielen müsse und die Versorgungsforschung und „Public Health“ stärker als noch vor zehn Jahren berücksichtigt würden. Zudem gebe es Forschungsbereiche, die sehr schwierig mit einer Zielsetzung und Meilensteinen beschrieben werden könnten. Die Hightech-Strategie stelle ein Rahmenprogramm dar, das mit einzelnen Programmen unterlegt sei, wobei die Details auch den Forscherinnen und Forschern überlassen würden.

Die SPD-Fraktion äußert ihre Bedenken gegen die im FDP-Antrag geforderte Evaluation und die Einführung von Erfolgsindizes. Dies widerspreche der Forderung nach Bürokratieabbau und passe generell nicht zu experimenteller Arbeit. Zudem dürfte die Forderung von obligatorischen Erfolgsindizmessungen auf wenig Akzeptanz der Wissenschaftler stoßen und kaum Wirksamkeit entfalten.

Zwar seien notwendige Forschungsinvestitionen und Handlungsfelder, wie z.B. Nachhaltigkeit, Klima, Energie, Erhöhung der Rohstoffproduktivität etc., im FDP-Antrag enthalten und man müsse Ziele grundsätzlich auch erreichen. Bei der Grundlagenforschung könne man am Anfang jedoch nicht wissen, was als Ergebnis herauskomme, sodass Zielorientierung nicht bis ins Detail gehen sollte. Es sei richtig, dass Partizipation und Citizen Science eine größere Rolle spielen müssten, wie auch im Antrag der GRÜNEN gefordert. Den FDP-Antrag halte die Fraktion für überzogen und falsch, für zu bürokratisch, sodass er die Sache nicht weiterbringen werde.

Die **Fraktion DIE LINKE** merkt an, dass man sich hier gerade gegenseitig selektives Wahrnehmen unterstelle. Nach ihrer Ansicht sei bei dem einen oder anderen Punkt durchaus der richtige Ansatz vorhanden. Problem bei der Hightech-Strategie sei jedoch, dass man so weitermache, wie in den letzten Jahrzehnten, obwohl man mittlerweile gesellschaftlich, politisch, wirtschaftlich und auch technologisch vor Umbrüchen stehe, die eben diese Möglichkeit des Weitermachens nicht mehr eröffneten. Vielmehr bräuchte man eine Diskussion über ein Gesellschaftsbild.

Zudem enthalte die Hightech-Strategie schöne Überschriften, es fehle aber an einem gleichwertigen Inhalt. So sei es für die Fraktion DIE LINKE nicht akzeptabel, dass die Bundesregierung die Partizipation der Zivilgesellschaft ankündigt habe, sie diese aber nicht in dem Hightech-Forum Zivilgesellschaft stattfinden lasse und Vertreter sowie Vertreterinnen von Gewerkschaften oder NGOs ausschließe. Dies finde immer wieder in solchen Beratungsgremien so statt.

Darüber hinaus siege mal wieder die Wirtschaft und es werde im Wesentlichen von Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gesprochen. Zudem verstehe die Fraktion DIE LINKE, unter offenen Innovationsprozessen nicht, dass die Leute unternehmerisch tätig würden, sondern, dass Partizipationsprozesse in Gang gesetzt würden, die dazu dienen, in der gesellschaftlichen Gestaltung eine Balance zu erreichen und herauszufinden, was in den Bereichen der staatlichen Förderung notwendig sei. Stärkere soziale Innovationen dürften nicht als Beiwerk, sondern müssten als eigenständige Programmlinie stattfinden.

Bei dem Punkt Nachhaltigkeit konzentriere sich die Bundesregierung im Wesentlichen auf die Effizienzsteigerung von Ressourcenverwertung und auf den Umstieg auf nachwachsende Rohstoffe. Grundsätzliche Fragen zum Ressourcenverbrauch, zur Reduktion von Ressourcen und zur Produktionsumstellung oder zur längeren Nutzung von Sachen, die nachgewiesenermaßen auch von der Gesellschaft gewünscht und von vielen Verbraucherinnen sowie Verbrauchern gestützt werde, würden nicht beantwortet.

Die Fraktion DIE LINKE. betont, dass öffentliche Mittel nur für die zivile Forschung eingesetzt werden dürften. Sie kritisiert die direkte oder indirekte Förderung militärischer Forschung. Es müssten öffentliche Kontrollmöglichkeiten geschaffen werden, da zivilgesellschaftliche Organisationen einem riesigen Lobby-Apparat der Industrie gegenüber stünden.

Bei offenen Innovationsprozessen und der erwähnten Citizen Science müsse die Bundesregierung erhobene Daten konsequent öffentlich machen. Dies bedeute die Öffnung von Forschungsergebnissen und Experimentierumgebungen, damit Digitalisierung im Gesamtprozess des Forschens ankomme und eine andere Forschungskultur implementiert werde. In diesem Zusammenhang interessiere die Fraktion, welche Einrichtungen eingebunden seien und was die Bundesregierung dabei konkret vorgesehen habe.

Zudem seien in der Hightech-Strategie die Fragen der Arbeitsbedingungen unzureichend behandelt. Die Arbeitsbedingungen müssten ein Kriterium bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln werden. Die Fraktion DIE LINKE. will wissen, warum die Bundesregierung die Arbeitsbedingungen nicht stärker unter dem Handlungsfeld Zukunftskompetenzen eingebunden habe.

Schließlich fragt Die Fraktion DIE LINKE., warum die Bundesregierung - im Gegensatz zum Pakt für Forschung und Innovation - im Bereich Bildung/Hightech-Strategie eine prozentuale, automatisierte Erhöhung der Mittel nicht vorsehe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schließt sich im Grundsatz der Kritik an. Es gebe die Hightech-Strategie seit 2006 und in der Weiterentwicklung sei nicht wirklich zu erkennen, wo die neuen Prioritätensetzungen und die wirklich neuen Themen dieser Hightech-Strategie seien.

Zudem stellt die Fraktion im Hinblick auf die Umsetzung der Hightech-Strategie die Frage, wie weit die einzelnen Projekte tatsächlich seien und ob das 3,5-Prozent-Ziel überhaupt erreicht werden könne, da der Haushalt des BMBF nicht signifikant gestiegen sei. Die Fraktion möchte wissen, wann die Gründung der Agentur für Sprunginnovationen erfolge und diese ihre Arbeit aufnehmen. In der Hightech-Strategie sei hierfür sogar das Jahr 2018 angegeben worden. Zudem fragt sie, wie es mit der steuerlichen Forschungsförderung aussehe und wie das genannte Innovationsprinzip konkret umgesetzt werden solle.

Bezüglich der thematischen Schwerpunktsetzungen der Hightech-Strategie interessiere die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wie die Bundesregierung die vorausgehenden Hightech-Strategien bewerte und wo sie konkret entschieden habe, neue Schwerpunkte im Vergleich zu vorher zu setzen. Die Fraktion erkundigt sich, wie die Empfehlungen des Hightech-Forums aus der letzten Legislaturperiode eingeflossen seien und ob es konkrete Beispiele für eine Weiterentwicklung gebe.

Ihres Erachtens komme das Thema der Nachhaltigkeit angesichts der großen Herausforderungen in diesem Bereich zu kurz. Das Hightech-Forum habe die globalen Nachhaltigkeitsziele in ihren innovationspolitischen Empfehlungen sehr stark herausgestellt. Die Fraktion wirft die Frage auf, wo die genannten Ziele in der Umsetzung erfüllt werden sollten. Es gebe zwar einen „bunten Kasten“ zur Plastikvermeidung, am Ende fänden sich aber nur zwei, drei kleinere Projekte bei den wirklichen Forschungsprojekten, die sich mit Kreislaufwirtschaft beschäftigten. Sie fragt daher nach der großen Initiative, um gerade auch der Herausforderung der Plastikvermeidung nachzukommen.

Zum Thema „Soziale Innovation“ möchte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wissen, aus welchen Gründen die Bundesregierung die Idee einer Stiftung für nachhaltige und soziale Innovation, wie es sie in anderen Ländern gebe, ablehne. Hier könne man wirklich mal einen Schwerpunkt setzen.

Beim Hightech-Forum stelle sich die Frage, warum im Vergleich zum Vorgängergremium weniger Zivilgesellschaft vertreten sei als vorher. Dies sei aus Sicht der Fraktion ein klarer Rückschritt. Die Fraktion fragt, inwiefern eine Empfehlung wirklich aus einer externen Perspektive komme, wenn mit dem Staatssekretär Christian Luft als Co-Vorsitzenden eine Koppelung ans BMBF bestehe.

Die Hightech-Strategie sei zudem sehr durch nationale Maßnahmen geprägt. Es sei eine Empfehlung des Vorgängers des Hightech-Forums gewesen, in vielen Bereichen die Herausforderungen international anzugehen, sei es europäisch, sei es bilateral. Dazu finde sich in der Hightech-Strategie aus ihrer Sicht fast gar nichts. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet die Bundesregierung, Maßnahmen zu nennen, bei denen wirklich auf eine internationale Kooperation gesetzt werde und fragt, warum es diese nationale Ausrichtung gebe.

Die **Bundesregierung** greift zunächst die Frage zu den Erfolgsindizes auf. Natürlich sei es im Interesse der Bundesregierung, die Wirkung der Förderung zu messen. Dazu werde auch im Rahmen der Hightech-Strategie 2025 angekündigt, alle großen Fördermaßnahmen zu evaluieren und die Evaluationspraxis, besonders im Bereich der Wirkungsanalyse, kontinuierlich weiterzuentwickeln. Zu den Missionen sei eine Begleitforschung mit Konzeptentwicklung und Datenerfassung für die spätere Evaluation geplant. Darüber hinaus werde die Weiterentwicklung der Indikatorik für Forschung und Innovation systematisch gefördert. Eine Förderrichtlinie solle hierzu sehr zeitnah herausgegeben werden.

Die Bundesregierung weist die FDP-Fraktion bezüglich ihres Vorschlages zur Indikatorik darauf hin, dass man betriebswirtschaftliche Überlegungen nicht auf eine solche Strategie übertragen könne und sie daher ihren Vorschlag überdenken solle.

Die Behauptung der Fraktion der FDP, dass im Jahr 2025 eine Lücke beim 3,5-Prozent-Ziel bestehen werde, sei mathematisch nicht nachvollziehbar. Dies könne man im Jahr 2019 nicht ermitteln. Es gebe eine gemeinsame Anstrengung von Staat und Wirtschaft, das 3,5-Prozent-Ziel zu erreichen. Man habe sich 2005 das Ziel gesetzt, über das 3-Prozent-Ziel der EU hinauszugehen, was man auch erreicht habe. Dabei wolle man nicht stehen bleiben, sondern insbesondere die Wirtschaft ermutigen, dass sie mehr in den Bereichen Innovation, Forschung und F&E-Ausgaben tue. Das habe insgesamt positive Auswirkungen auf die Wertschöpfung in Deutschland. Zudem habe man die Absicht, die finanziellen Spielräume, die im Koalitionsvertrag genannt seien, in dieser Legislaturperiode einzusetzen, um einen Beitrag für die Erreichung des 3,5-Prozent-Ziels zu leisten. Die Bundesregierung diskutiere die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung, welche einen Impuls in der Wirtschaft setzen würde, im Bereich von Forschung und Entwicklung mehr zu tun.

Zum Thema „Fachkräfte“ merkt die Bundesregierung an, dass die Ministerin die MINT-Initiative vorstellen werde, mit der man Menschen dafür begeistern wolle, gerade im ingenieur- und naturwissenschaftlichen Bereich aktiver zu werden.

Man erhoffe sich, insbesondere den Frauenanteil zu erhöhen. Es sei nicht nachvollziehbar, dass man bei Frauen, die in den neuen Bundesländern geboren seien, einen deutlich höheren MINT-Anteil habe, als bei Frauen, die in den alten Bundesländern geboren seien. Das insofern bestehende Potential wolle man im Bereich der MINT-Strategie nutzen. Man hoffe, dass die bestehenden Angebote transparenter würden und es über das Portal, welches man betreibe, einen deutlichen Fortschritt bei der Transparenz gebe. Die Vielzahl von lokalen Initiativen müssten über den lokalen Bereich hinaus transparent gemacht werden.

Es sei nicht der Ansatz der Hightech-Strategie 2025, Zielhierarchien innerhalb von Forschung und Entwicklung für die Förderung der Bundesregierung festzulegen. Vielmehr sei es das Ziel, thematische und strategische Schwerpunkte zu setzen und zu benennen. Das gelte auch für die Förderprogramme unter dem Dach der Hightech-Strategie 2025. In der Hightech-Strategie 2025 würden notwendige Schritte zur Zielerreichung benannt und die ersten Initiativen angekündigt. Eine Meilensteinplanung für die gesamte Hightech-Strategie 2025 gestalte sich aufgrund der Vielzahl von Themen und Initiativen schwierig. Deshalb werde man in den einzelnen Initiativen eine Schrittfolge festlegen, jedoch nicht für den gesamten Bereich der Hightech-Strategie.

Zum Thema „Rankings“ weist die Bundesregierung darauf hin, dass es in Deutschland ein anderes Wissenschaftssystem als in anderen Ländern gebe. Man habe einerseits Universitäten und Hochschulen, andererseits aber auch

außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Diese Struktur gebe es in anderen Ländern, zum Beispiel in den USA, nicht. Deshalb sei es schwierig, mit Rankings zu arbeiten, ohne die unterschiedliche Struktur im Wissenschaftssystem zu berücksichtigen. Die Bundesregierung macht zudem darauf aufmerksam, dass die Exzellenzinitiative viel für die internationale Strahlkraft und Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes Deutschland geleistet habe. Man werde diese weiterführen und hoffe auf eine Weiterentwicklung der Hochschullandschaft. Die Fokussierung auf Rankings alleine, müsse daher in Frage gestellt werden. So zeige aktuell die Auswahl der 57 Exzellenzcluster eine sehr hohe Qualität. Man habe die Zahl der Zuschläge höher angesetzt, als es ursprünglich geplant gewesen sei, was die Qualität der unterbreiteten Vorschläge zeige.

Die Gründung der Agentur für Sprunginnovationen solle spätestens Mitte 2019 erfolgen. Es fänden aktuell Gespräche mit den beteiligten Partnern, nämlich dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und dem Bundesministerium der Finanzen (BMF), statt. Man wolle im Zeitraum von 2019 bis 2022 erste Pilotinnovationswettbewerbe starten und gehe davon aus, dass man in diesem Zeitraum etwa zehn solcher Wettbewerbe auf den Weg bringen könne. Die Agentur sei für eine Laufzeit von zehn Jahren geplant und die Arbeit müsse während dieser Zeit entsprechend bewertet werden.

Die Bundesregierung spricht sich für das Instrument der steuerlichen Forschungsförderung aus. Zwar sei der Anteil der Ausgaben für F&E im Bereich der Unternehmen in den vergangenen Jahren gewachsen, die Basis der Unternehmen, die sich an F&E beteilige, sei allerdings geschrumpft. Man erlebe insofern eine immer stärkere Konzentration der F&E-Ausgaben innerhalb der Unternehmenslandschaft. Die Bundesregierung hoffe, mit dem Instrument der steuerlichen F&E-Förderung eine Verbreiterung der Basis zu erreichen. Deshalb spreche man insbesondere KMU an, um auch dort F&E-Aktivitäten auszulösen. Man müsse die Erzeugung von Mitnahmeeffekten vermeiden, gleichzeitig aber dafür sorgen, dass es hinreichende Förderung gebe, um zusätzliche Aktivitäten auszulösen. Die Bundesregierung gehe davon aus, dass sie bis Ostern einen Entwurf habe und die parlamentarische Beratung im Bundestag sowie im Bundesrat im Laufe dieses Jahres erfolgen werde.

In dem Kontext der Bio-Ökonomie seien die Agenda „Von der Biologie zur Innovation“, die im Dialog mit den jeweiligen Stakeholdern entwickelt werde, und eine nationale Strategie zur Bio-Ökonomie geplant. Man habe für die ethischen, rechtlichen und sozialen Aspekte der Forschung eine Förderung vorgesehen. Im Rahmen des Hightech-Forums seien Dialogformate zu Zukunftstechnologien im Sinne eines breiten Beteiligungsprozesses geplant. Die Bundesregierung habe die Absicht, ein Forum zur Umsetzung der Bio-Agenda aufzusetzen und im Wissenschaftsjahr 2020 Bio-Ökonomie als Themenschwerpunkt zu setzen.

Die Bundesregierung erläutert die Neuerungen der Hightech-Strategie 2025. Man nehme die Lebenswirklichkeit der Menschen in den Blick und adressiere aktuelle gesellschaftliche Bedarfe. Deshalb sei das neue Themenfeld Stadt und Land definiert worden, bei dem es um gleichwertige Lebensverhältnisse und um die Förderung strukturschwacher und ländlicher Regionen gehe. Man habe mit der Hightech-Strategie zwölf klar definierte Missionen festgelegt. Ein Thema davon sei die „Nationale Dekade gegen Krebs“, ein anderes der „Plastikeintrag in die Umwelt“. Diese großen Herausforderungen gingen die Bundesministerien gemeinsam und ressortübergreifend in der Umsetzung an. Dafür habe man eine Staatssekretärsrunde eingeführt. In diesem Zusammenhang stehe auch die Beantwortung der Frage, warum der Staatssekretär Christian Luft im Begleitforum sitze. So könnten Ergebnisse aus dem Begleitforum direkt in die Staatssekretärsrunde hineingetragen werden und Empfehlungen fänden unmittelbar Eingang in die Entscheidungen. Man wolle das Begleitforum nicht steuern, sondern sicherstellen, dass das Begleitforum nicht neben der Hightech-Strategie herlaufe. Die zentrale Neuerung im Fördersystem umfasse auch die Gründung der Agentur für Sprunginnovationen und die steuerliche Forschungsförderung.

Die Bundesregierung fährt mit der Beantwortung der Frage des Abg. Dr. Frömming zum EFI-Gutachten fort. Man habe das EFI-Gutachten zur Kenntnis genommen und versuche, die Empfehlungen des Gutachtens mit den zuvor angesprochenen Maßnahmen umzusetzen. Das EFI-Gutachten habe z. B. vorgeschlagen, dass das Thema „Transfer“ gestärkt werden solle. Genau das sei ein Schwerpunkt der Strategie. Die Empfehlungen seien daher nicht ignoriert worden, sondern gingen in die Strategie mit ein.

Das Thema „Arbeit 4.0“ sei ausdrücklich Themenschwerpunkt. Im Arbeitsfeld „Arbeit 4.0“ sollten die von der Fraktion DIE LINKE. angesprochenen Punkte – welche Veränderungen werde man erleben, was gebe es dort an Forschungsbedarf und wie müsse man hier umgestalten – mit aufgegriffen werden.

Zur Frage der Offenlegung von Daten nennt die Bundesregierung einige Beispiele. Es gebe die Open Access-Strategie der Bundesregierung, die auf das gesamte Wissenschaftssystem abziele. Zudem habe man die Medizininformatik-Initiative, die der Vernetzung der Uni-Kliniken diene und bei der eine Öffnung unter Berücksichtigung der Datenschutzaspekte geplant sei. Überdies gebe es die Themen Clusterförderung, Reallabore und Experimentierräume, bei denen man versuche, in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit regionalen Partnern eine offene Herangehensweise an diese Themen zu planen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hält fest, dass es durch den Aufwuchs der Mittel in vielen Bereichen eine gute Entwicklung gebe und in der Forschung führende Köpfe nach Deutschland kämen. Man habe den Brain Drain, den es früher gegeben habe, in vielen Bereichen umgewandelt und müsse nur in Teilbereichen nachsteuern. So hinke man beim Transfer in den KMU etwas hinterher. Man habe die KI-Strategie aufgelegt, bei der es auch um Kompetenzzentren vor Ort gehe. Auch die Agentur für Sprunginnovationen setze da an, wo es neuartige Innovationen gebe und man im internationalen Vergleich etwas hinterherhinke. Bei den KMU lasse je nach Unternehmensstruktur das Bewusstsein für neue Innovationen etwas nach. Die Strategie setze hier durch eine steuerliche Forschungsförderung an. Zudem müsse man vor Ort, d. h. in den Regionen und in den Bundesländern, ansetzen. Daher interessiere die Fraktion der CDU/CSU, wie die Bundesregierung die aktuelle Vernetzung vom Bund in die Länder sehe. Die Fraktion möchte wissen, ob die Länder die Strategie des Bundes unterstützten und diese noch mehr tun könnten, sodass auch vor Ort eine Entwicklung ansetze und man eine gute Forschungsförderung und einen guten Transfer für KMU hinbekomme.

Die **Fraktion der SPD** betont, dass Evaluation in allen Bereichen stattfinde, bei der Wissenschaft aber etwas anders funktioniere. So werde bei jedem Antrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ein Bericht abgegeben, wobei die meisten Ziele wahrscheinlich nicht erreicht würden, weil Grundlagenforschung betrieben werde. Es stelle sich die Frage, wie man damit umgehe, dass Ziele nicht erreicht würden. Es könne nicht sein, dass die Anforderung bestehe, dass alle Ziele erreicht werden müssten. Allerdings müsse es eine gute Begründung dafür geben, weshalb ein Ziel nicht erreicht worden sei. Wenn ein Max-Planck-Direktor nicht mehr gut genug sei, dann würde er ausgetauscht und das Institut geschlossen. Bei der Fraunhofer-Gesellschaft gebe es keine Industriemittel und bei der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren würden jetzt wieder regelmäßig die ganze Programmorientierung hochrangig international begutachtet und die Schwachstellen benannt. D.h. Evaluation in der Wissenschaft finde statt und könne sicherlich noch besser werden, allerdings müssten die Freiräume und die Flexibilität erhalten bleiben.

Die SPD-Fraktion sei überzeugt, dass die Politik in bestimmten Bereichen steuernd eingreifen müsse. Die Fraktion nennt das Beispiel der „Elektrochemie und Batterieforschung“, welches die Wirtschaft 20, 30 Jahre versäumt habe. Vor ca. zehn Jahren hätten das BMBF, Evonik, Siemens und Volkswagen Geld in das Projekt „Nationale Lithium-Ionen-Allianz“ reingesteckt. Dieses sei jedoch nicht so erfolgreich gewesen, wie man sich das gewünscht hätte. Ohne politische Anreize wäre das Thema jetzt völlig verschwunden. Es sei daher richtig, wenn in der Hightech-Strategie der Bereich „Batterieforschung“ wieder auftauche.

Die Fraktion der SPD bittet PStS Dr. Meister, zum Thema Innovationsprinzip auch im Hinblick auf die soeben angesprochenen Punkte genauer auszuführen.

Die **Fraktion der AfD** spricht den Wissenstransfer an, welches ein sehr wichtiges Thema sei. Leider gebe es zu viele deutsche Innovationen, die in anderen Ländern zu marktreifen Produkten entwickelt würden. Man sei sich im Parlament über das Problem einig, allerdings nicht über den Lösungsansatz. So habe die FDP-Fraktion zum Beispiel die Gründung einer Behörde für den Wissenstransfer vorgeschlagen. Die Fraktion der AfD präferiere eher die Senkung von Markteintrittsbarrieren und Bürokratie. Die Fraktion der AfD möchte wissen, wie die Sichtweise der Bundesregierung sei und was diese als richtigen Grundansatz erachte. Die Fraktion fragt, ob das BMWi an der Zielsetzung aktiv mitarbeite, es also dort Überlegungen gebe, Markteintrittsbarrieren zu senken und Bürokratie zu vermeiden, um in der freien Wirtschaft Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, die weiter als die steuerliche Forschungsförderung gingen.

Im Hinblick auf die in der Hightech-Strategie erwähnte Chancengleichheit für die Regionen in Deutschland und die Sicherung bestehender sowie Schaffung neuer Arbeitsplätze bittet die AfD-Fraktion die Bundesregierung um eine konkrete Erläuterung, inwiefern auch ländliche Räume von der Hightech-Strategie profitierten. Diese komme ihm im Papier zur Hightech-Strategie etwas zu kurz.

Zum partizipativen Agenda-Setting merkt die AfD-Fraktion an, dass sie Bürgerbeteiligung immer begrüße. Die Fraktion interessiere, um welche Summen es sich ungefähr an Forschungsmitteln und Fördermaßnahmen beim partizipativen Agenda-Setting handle und wie das Auswahlverfahren – insbesondere in Bezug auf das Auswahlkriterium – ablaufe. Die AfD-Fraktion sehe die Gefahr, dass nur populäre Themen ausgewählt würden und nicht die Themen, die kontrovers seien und die Wissenschaft tatsächlich voran brächten.

Die **Fraktion der FDP** weist die Bundesregierung darauf hin, dass Rankings meist von denen kritisiert würden, die nicht gut abschnitten. Zudem würden dann meist die Unterschiedlichkeiten betont. Dies sei bei der „Programme for International Student Assessment“ (PISA)-Studie über viele Jahre nicht anders gewesen. Inzwischen würden die PISA-Studien in ihren verschiedenen Ausprägungen vom BMBF anerkannt, obwohl es ein vom Ausland sehr unterschiedliches Schulsystem in Deutschland gebe. Die Fraktion der FDP fragt, wieso da ein Unterschied zwischen Hochschulen und Schulen bestehe.

FDP-Fraktion betont, dass es ihr nicht nur um betriebswirtschaftliche Kennziffern gehe. Bei der Innovatorenquote sei man um ca. 40 Prozent zurückgefallen. Bei den KI-Konferenzen sei Deutschland bezüglich seiner Beiträge im Unterschied zu allen anderen relevanten KI-Nationen von 6,1 auf 4,7 Prozent zurückgefallen. Die Anzahl der transnationalen Patente stagniere in Deutschland seit Jahren, während sie bei allen anderen Hightech-Nationen signifikant gestiegen sei, darunter Frankreich, USA, China, Japan, Südkorea etc. Es handle sich hierbei um volkswirtschaftliche Kennziffern und nicht um betriebswirtschaftlichen Größen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** äußert zunächst ihre Kritik am FDP-Antrag. Hauptkritikpunkt sei, dass im Grunde genommen die Logik der Bundesregierung lediglich weiterentwickelt werde. Der Antrag bemängle die Hightech-Strategie bei der Umsetzungsplanung mit Blick auf verschiedene Konzepte von Wirtschaftsförderung, also steuerliche F&E-Förderung oder Förderung von MINT-Nachwuchs. Weitere Kritikpunkte seien das Fehlen von Erfolgskriterien und Internationalität. Die FDP hinterfrage, wie man das 3,5-Prozent-Ziel erreichen wolle. Der FDP-Antrag gehe jedoch keinen anderen grundlegenden Weg, sondern bleibe exakt in der Logik der Bundesregierung, es solle immer „schneller, höher und weiter“ gehen.

Es stelle sich die Frage, wie steuerliche Forschungsförderung im Verhältnis zu Sprunginnovation und wiederum im Verhältnis zu bereits gut laufenden Förderinstrumenten stehe. Die steuerliche Forschungsförderung und die Agentur für Sprunginnovationen seien letztlich Auslagerungen. Da entziehe sich der Staat selbst seine Möglichkeiten, auf diese Prozesse Einfluss zu nehmen. Deshalb halte die Fraktion DIE LINKE. beides für problematisch. Steuerliche Forschungsförderung bedeute am Ende, dass Mittel mit der „Gießkanne“ verteilt würden. Das habe man Jahre lang versucht zu vermeiden. Bei den KMU gebe es in der Betriebsgrößenstruktur riesige Unterschiede und deshalb müsse weiter diskutiert werden, damit am Ende gut laufende Instrumente nicht geschwächt würden.

Die Fraktion die LINKE. fragt, warum die Bundesregierung bezüglich „Citizen Science“ bei der Urheberrechtsreform auf EU-Ebene nachgebe, obwohl das dort Vorgesehene das Text- und Data-Mining für die Wissenschaft viel schwerer mache.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** interessiere, ob der Bundesregierung „Nesta“ in Großbritannien oder die „Vinnova“ in Schweden bekannt seien, die Innovationsstiftung für soziale Innovation vormachten, und warum die Bundesregierung nicht vorhabe, sich diesem Beispiel anzuschließen.

Zudem wirft die Fraktion die Frage auf, warum es eine so starke nationale Ausrichtung der Hightech-Strategie gebe.

Außerdem fragt sie erneut, warum beim Hightech-Forum im Vergleich zum Vorgängergremium weniger Zivilgesellschaft vertreten sei.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimme der Kritik am FDP-Antrag zu. Im Antrag stünden einige Sachen, denen man sich im Grundsatz anschließen könne: Eine klare Strategie zur Erreichung des 3,5-Prozent-Ziels und eine klare Priorisierung in der Hightech-Strategie. Allerdings fehlten aus Sicht der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr viele Themen und Prioritätensetzungen. Daher werde sich die Fraktion zu dem Antrag enthalten.

Die Bundesregierung erklärt, dass man bei der Hightech-Strategie dringend auf eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern angewiesen sei. Bei der steuerlichen F&E-Förderung benötige man eine Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat, also auch die Zustimmung der Länder. Die Bundesregierung hoffe an der Stelle auf eine enge

Zusammenarbeit mit den Ländern, um das Projekt umsetzen zu können. Zudem gebe es eine Reihe von außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Im BMBF sei der starke Drang der Landesregierungen spürbar, dort vorhandene Einrichtungen zu stärken oder neue Einrichtungen ins Leben zu rufen. Auch an dieser Stelle sei eine enge Zusammenarbeit mit der jeweiligen Region und den wirtschaftlichen Akteuren notwendig, die in diesem Bereich unterwegs seien. Zudem sei man hinsichtlich des Hochschulsystems auf eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern angewiesen, da es sich um eine originäre Aufgabe der Länder handle. Die Bundesregierung habe ein Interesse daran, die Universitätslandschaft zu stärken. Das könne nur gelingen, wenn sich der originär Verantwortliche an dieser Stelle entsprechend einbringe.

Bei den Rankings habe die Bundesregierung eine relativ entspannte Sichtweise. Deutschland sei in einem Ranking als innovativster Standort auf der Welt benannt worden. Das sei bewusst nicht betont worden, da man die Rankings kritisch betrachten müsse. Man müsse die Kriterien und die Gewichtung anschauen, die den Rankings zugrunde lägen, um zu erkennen, wo man besser werden könne und was man aus einem Ranking lernen könne. Es sei die falsche Herangehensweise, unkritisch vorschnelle Schlüsse aus einer Positionierung im Ranking zu ziehen. Führe man die von der FDP-Fraktion angeführte Aufzählung fort, wären unter den ersten 200 Universitäten weltweit 20 deutsche Universitäten. Bei dieser Lesart sehe es gar nicht mehr so schlecht aus. Man habe mit der Exzellenzinitiative eine große Breite in der Spitze und sei insofern gut aufgestellt.

Bezüglich der Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führt die Bundesregierung aus, dass das BMBF beim Thema „Stiftung für soziale Innovationen“ auf gezielte Fördermaßnahmen setze, die man weiterentwickeln wolle, um soziale Innovation bei den jeweiligen Förderthemen zu integrieren.

Das Thema „Internationalisierung“ sei ein zentraler Punkt der Hightech-Strategie und werde sich auch in den einzelnen Fachprogrammen – also etwa im Bereich Gesundheit, Werkstoffentwicklung und Antibiotika – niederschlagen. Man verfolge dort keinen nationalen Ansatz. Dasselbe gelte für das Thema „KI“, wo man sich in Deutschland weiterentwickeln wolle, gleichzeitig aber auch versuche, sich mit Partnern in Europa und über die Grenzen der EU hinaus zu vernetzen.

Die Bundesregierung erläutere zur Frage der SPD-Fraktion bezüglich des Innovationsprinzips, dass innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für das Gelingen der Hightech-Strategie zentral seien. Deshalb sei das Innovationsprinzip in der Hightech-Strategie 2025 explizit erwähnt worden. Die Innovationsoffenheit solle in der vorgesehenen Folgenabschätzung entsprechend mit einbezogen werden.

Das BMBF gehe das Thema „Einbindung der Zivilgesellschaft“ offensiv an. Man habe ein Beratungsgremium für die Hightech-Strategie geschaffen, bei dem z. B. Prof. Boetius von Wissenschaft im Dialog und Prof. Vogel vom Museum für Naturkunde Mitglieder seien. Außerdem seien Frau Römer vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Prof. Hassel von der Hans-Böckler-Stiftung mit eingebunden. Ziel sei es, Experten in das Beratungsgremium einzubeziehen, die gewisse Themenbereiche abdecken. Es sei nicht der Ansatz, Institutionen aufzufordern, Interessensvertreter aus verschiedenen Bereichen für das Beratungsgremium zu benennen, um die Zivilgesellschaft zu repräsentieren.

Zur Frage zum partizipativen Agenda-Setting erklärt die Bundesregierung, dass das BMBF im Bereich der sozial-ökologischen Forschung einen Agendaprozess aufsetze und über konkrete Fördermaßnahmen in den nächsten fünf Jahren entscheide. Dabei beziehe man die Meinungen der verschiedenen Stakeholder in die Entscheidungsfindung ein, wobei der Bereich der Bürgerwissenschaften eine Rolle spiele. Aus dem Bereich Citizen Science gebe es im Umfang von fünf Millionen Euro eine Förderlinie mit dreizehn Pilotprojekten. Das BMBF beabsichtige, eine weitere Richtlinie mit zusätzlichen Fördermitteln für bürgerwissenschaftliche Vorhaben zu veröffentlichen. Zudem plane man, die Vernetzungsplattform „Bürger schaffen Wissen“ weiter zu fördern.

Berlin, den 13. Februar 2019

Dr. Stefan Kaufmann
Berichterstatte

René Röspe
Berichterstatte

Dr. Götz Frömming
Berichterstatte

Dr. h. c. Thomas Sattelberger
Berichterstatte

Dr. Petra Sitte
Berichterstatte

Dr. Anna Christmann
Berichterstatte

